

Jörg Wollenberg

„Nie wieder Krieg ohne Deutschland?“

Beitrag zum Antikriegstag am 1. September 2025

-Vortrag in der Gedenkstätte Ahrensböök am 31. August um 15 Uhr -

Nie wieder Krieg ohne uns Deutsche?

Die aktuellen Kriege in der Ukraine und in Palästina stellen die Bundesrepublik vor neuen Aufgaben und Anforderungen, die im Widerspruch stehen zu den Bekenntnissen und Beschlüssen, die vor und nach der Befreiung am 8. Mai 1945 von deutschen Männern und Frauen aus den Konzentrationslagern initiiert worden waren. Sie standen im Widerstand zum NS-System und hatten das KZ überlebt. Sie folgten der Parole: „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“. Viele von ihnen gehörten auch noch einmal zu denjenigen, die 1957/58 gegen die Wiederaufrüstung und den Atomkrieg auf die Straße gingen. Sie prägten die neue deutsche Friedensbewegung in der BRD und riefen am 1. September 1957 zum Antikriegstag auf - zusammen mit den DGB-Gewerkschaften. Das Wissen davon ist heute nur noch unzulänglich präsent.

„Wir tun doch nix...Wir wollen doch nur profitieren“. Mit dieser Aussage läutete z. B. schon vor 12 Jahren die Wochenzeitung „Die Zeit“ ihren Schwerpunktartikel zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ in der Osterwoche 2013 ein (21. März 2013, Nr.13, S. 2-3), um die heute erneut aktuelle „Verlogenheit der damaligen deutschen Außenpolitik“ zu beschreiben: Strikt gegen Interventionen, aber für lukrative Waffenexporte: „Profitieren statt intervenieren. In einem solchen Land möchte man tatsächlich nicht leben“. Zeitgleich dazu thematisierte „Der Spiegel“ in der Wochenausgabe vom 25. März 2013 „Das ewige Trauma - Der Krieg und die Deutschen“ am Beispiel der Auslandseinsätze der Bundeswehr und konstatierte, dass die vor 30 Jahren von der rot-grünen Regierung durchgesetzte neue Normalität der Kampfeinsätze ausgerechnet durch Schwarz-Gelb verspielt zu werden drohte.

Diese Grundsatzbeiträge der beiden nach wie vor einflussreichen Wochenzeitungen forderten den endgültigen Abschied von einer konsequent pazifistischen Politik. Sie plädierten schon 2013 für militärische Interventionen in den eigenen Interessen des Landes

und für Menschenrechte. Kein Zurück zu den Lehren von 1933 und dem Schwur der Widerständigen und Einsichtigen von 1945 „Nie wieder Faschismus-Nie wieder Krieg!“

Erinnern wir deshalb angesichts der aktuellen Kriegsfolgen mit extremen Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine und in Palästina noch einmal an die Ausgangsbedingungen der deutschen Politik nach 1945:

Hitler kam hier am 30 Januar 1933 nicht mit Wählerstimmen an die Macht. Es waren die Deutschnationalen und das Großkapitals und die Banken, die Hitler vor 92 Jahren den Weg zum Kanzleramt in Deutschland ermöglichten und mit einem Reichstagsbeschluss – unter Ausschluss der jüdischen Mitglieder und Oppositionellen - im März 1933 noch einmal formal mit einer „Friedensresolution“ absicherten. Die Rüstungsindustriellen um Hugenberg, Krupp und Flick setzten auf einen neuen Waffenboom.

„Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“: Mit diesem Slogan hatten die 1933 verfolgten und verbotenen Arbeiterparteien in den Wahlkämpfen spätestens ab 1931 noch so erfolgreich mit ihrem Kampf gegen die Nachrüstungsbeschlüsse des Reichstags geworben, dass in den Rüstungsstandorten wie in Kiel, Lübeck, Bremen oder Hamburg die Nazis vergeblich auf die absolute Mehrheit der Stimmen setzten. In den Zentren der Werften und des Stahls, des Schiff- und Flugzeugbaus blieben KPD und SPD zusammen bis zu den letzten Wahlen am 5. März 1933 stärker als die NSDAP. Doch die „feindlichen Brüder“ im Lager der Arbeiterbewegung nutzten diese Mehrheiten nicht, sondern bekämpften sich über das Verbot hinaus. Erst im KZ fanden sie Zeit, über die Gründe und Folgen dieser verhängnisvollen Niederlage nachzudenken. Folgt man dem Buchenwald-Schwur vom April 1945, dann wollten sie als geeinte Partei nach dem Sieg gegen den Faschismus antreten mit dem politischen Bekenntnis: „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg!“ Was ist daraus geworden?

Dazu noch einmal ein Blick zurück nach vorn: Hier in dieser Gedenkstätte- erinnern wir nicht nur an den 8. Mai 1945 als Tag der (Fremd-) Befreiung vom deutschen Faschismus und des Endes des Todesmarsches von Auschwitz, sondern auch an eine frühe Hochburg der Hitlerbewegung, die damals zum Freistadt Oldenburg gehörte. Hier hatte die NSDAP schon lange vor dem 30. Januar 1933 die Alleinregierung übernommen. Sie übte hier nach der Reichstagswahl ab Ende Juli 1932 erfolgreich den Weg zur formal legalen Machteroberung mit der Einrichtung eines der ersten, wenn nicht gar das erste frühe Konzentrationslager noch in Zeiten der Weimarer Republik (mit der Inhaftierung von KPD- und SPD-Mitgliedern im

Februar/März 1933 im Amtsgerichtsgefängnis Eutin). In dieser singulären „Probephöhne des Dritten Reiches“ (Stokes) wuchs ich auf und erlebte ab 1942, wie Lübeck, Kiel und Hamburg brannten. Aber ich war auch Augenzeuge des Todesmarsches von Auschwitz nach Holstein Mitte April 1945. Und dennoch waren damals hier viele Bürger nach wie von vom „Endsieg“ mit Hilfe der Wunderwaffen, der Atombomben, überzeugt, wohl auch, weil sie von Bomben und Kriegereignissen weitgehend verschont geblieben waren.

Aber sie konnten in Ostholstein einen Todesmarsch von jüdischen Auschwitz-Häftlingen im April 1945 nicht übersehen. Einige von diesen rund 300 überlebenden Auschwitz-Häftlinge in Ahrensböök und Sarau waren mit meinem Freund Stephane Hessel aus Paris auf der vorletzten Station des Todesmarsches in einem Außenlager vom KZ Dora-Mittelbau untergebracht worden, wo damals noch an der Atombombe gebaut wurde. Und einer meiner Lehrer als Student in Hamburg und Göttingen war ab 1957 an den Universitäten Hamburg und Göttingen der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, der ältere Bruder des späteren Bundespräsidenten, der mit seiner Rede am 8. Mai 1985 später zu einer positiven Wende in den Gedenkstättenpolitik beitragen sollte.

Carl Friedrich von Weizsäcker war mit seinem Lehrer Werner Heisenberg in der NS- Zeit eine zentrale Figur bei der Entwicklung der Atombombe. Aber er hatte noch mehr als sein Bruder dazu gelernt, nachdem ihn die Engländer nach 1945 in Farm-Hall mit den deutschen Wissenschaftlern um Hahn und Heisenberg interniert hatten und Weizsäcker dort die Legende von der friedlichen Nutzung der Atombombe durch die deutschen Wissenschaftler erfand, (vgl dazu die die Farm-Hall-Protokolle mit der Entstehung neuer Legenden zum Bau der deutschen Atombombe in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, Jahrgang 41 (1993., Heft 4).

Der Vater der beiden Brüder Weizsäcker, das sei hinzugefügt, war zur gleichen in Nürnberg als Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes - wegen seiner Verantwortung für die in die KZ deportierten Juden aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern - als Kriegsverbrecher 1948 zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden, die er aber nur kurz absitzen musste.

Als Gegner der Einführung der Wehrpflicht und der Wiederaufrüstung kämpfte der lernfähige Carl Friedrich von Weizsäcker ab 1956/57 als Hauptinitiator des “Kampfes gegen den Atomtod“ entschieden gegen die Wiederaufrüstung. Und er prägte neben Arno Klönne meinen Weg zur Ostermarsch- und Friedensbewegung mit der Teilnahme - als 20-jähriger

Student- an den jährlichen Antikriegstagen seit dem 1. September 1957, "der großen Stunde Deutschlands, der Rückkehr zur Menschlichkeit", dem offiziellen Antikriegstag.

Wir erinnern heute noch einmal aus Anlass des Antikriegstages kurz an diese lange lebendige Tradition der „Nie wieder-Krieg-Bewegung“ nach 1945: Auch an den Kampf gegen die Remilitarisierung in der „Ohne-uns-Bewegung; an die Paulskirchen-Bewegung gegen den Nato-Beitritt; an die Kampagne gegen den Atomtod und den Beginn der Ostermarschbewegung; an den Kampf gegen das „Kriegsrecht in Friedenszeiten“ wegen der Notstandsgesetze etc. Viele der älteren Anwesenden unter uns erinnern sich noch an Parolen von einst, die uns prägten, z.B.: „Stoltenberg und Butenandt, mit Konzernen Hand in Hand.“ oder „Bürger lasst Kaffee und Sahne, kauft Euch eine Rote Fahne“... (meine Sprüche, skandiert während des Ostermarsches 1959 in Göttingen).

Noch einmal zurück zu den beiden Weltkriegen und ihren Folgen für die Friedensbewegungen:

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er kostete in sechs Jahren knapp 60 Millionen Menschen das Leben, davon 6 Millionen Juden. Die Nationalsozialisten hatten die besetzten Gebiete Polens zum Experimentierfeld ihrer rassistisch motivierten Vernichtungspolitik gemacht, die sie im ab 1941 im Russland-Feldzug fortführten und die ab 1942 in der millionenfachen Ermordung europäischer Juden in den Vernichtungslagern der deutsch besetzten Gebiete Polens gipfelte.

Schon nach der Novemberrevolution von 1918/19 in Deutschland hatten die beiden damaligen bedeutendsten pazifistischen Friedensorganisationen, die von Bertha von Suttner mitgegründete **Deutsche Friedensgesellschaft (DFG)** und der **Bund Neues Vaterland (BNV)**, unter der Parole „Nie wieder Krieg“ eine Kampagne initiiert, deren Ziel es war, die persönlichen Erinnerungen an die Kriegsgräuel durch alljährliche Massenkundgebungen am 1. August, dem Tag des Beginns des Ersten Weltkriegs, wachzuhalten und die Menschen für die Durchsetzung einer dauerhaften Friedenspolitik zu aktivieren.

Heute stehe ich hier, um als engagierter und langjähriger Anhänger der Friedensbewegung mit Ihnen gegen die aktuellen Rüstungsexporte und Kriege in der Ukraine und in Palästina zu demonstrieren. Ich stehe hier auch als ein Gründungsmitglied der Gedenkstätte Ahrensböck: Mein Heimatort mit einem frühen KZ von 1933 und rund 300 KZ- Häftlingen, die Mitte April 1945 den Todesmarsch von Auschwitz in Ostholstein überlebten - auch als Folge

der Schacher-Geschäfte der SS um Menschenleben. „Blut für Waren“ (Juden für Waffen) nannte Himmler dieses letzte zynische Programm, das rund 20.000 Juden Ende April/Anfang Mai 1945 noch das Leben rettete. Noch Mitte April 1945 hatte der Reichsführer SS an Hitler vorbei in Lübeck mit dem Westalliierten über einen Separatfrieden verhandelt. Zu diesen Zeiten saß die Reichsregierung nach Hitlers Tod bis Anfang Mai in Eutin und Plön, bevor sie bis Ende Mai 1945 in Flensburg „residierte“. Himmler hoffte damals noch, mit den Westalliierten weiter gen Osten gegen die Russen und die „jüdische-bolschewistische Weltverschwörung“ marschieren zu können. Seit dem 14 April 2013 wird an diese Ereignisse des Todesmarsches aus Auschwitz und seinen Folgen mit einer Ausstellung in der Gedenkstätte Ahrensböök erinnert.

„Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“ blieb in dieser Gegend dennoch nach 1945 lange nur eine Parole der Minderheit von KZ-Häftlingen und Widerstandskämpfern und von allzu wenigen Bürgern, die Zivilcourage gezeigt hatten. Auch 50 Jahre später erhob sich hier kein Widerspruch gegen die neue Formel „Nie wieder Krieg ohne uns Deutsche“ Eine Parole, die Deutschlands Beteiligung an den Krieg in Jugoslawien ohne UNO-Beschluss ermöglichte und heute 80 Jahre später mit den Kriegen in der Ukraine und in Palästina eine weitere Eskalation erlebt. Was war in der Zwischenzeit geschehen? Erinnern wir uns:

Wenige Wochen nach einer erneuten lautstarken Auseinandersetzung über den Umgang der Deutschen mit dem 8. Mai 1945 hatte das Kabinett der Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1995 beschlossen, deutsche Soldaten und Kampfflugzeuge zur Unterstützung der multinationalen Einsatztruppe in das ehemalige Jugoslawien einzusetzen. Mit der Entscheidung des Bundestages vom 30. Juni 1995 meldete sich Deutschland „kriegsverwendungsfähig“ zurück. Ist es nur Zufall, dass das Bonner Kabinett den Entschluss an dem Tage fasste, an dem die UNO ihren fünfzigsten Geburtstag feierte und damit an den Auftrag der vier Siegermächte von 1945 in Potsdam erinnerte, das Wiederaufleben des preußischen Militarismus zu verhindern und die Erklärung der Menschenrechte zur Richtschnur des politischen Handelns zu machen? 50 Jahre nach dem 8. Mai 1945 erhielten die einst vom Joch des Nationalsozialismus durch die Alliierten „fremdbefreiten“ Deutschen Gelegenheit zum verfassungsrechtlich nicht abgesicherten offiziellen Kriegseinsatz. Und das in einer Region, die mehrfach unter deutschem Terror gelitten hatte. „Ihr seid die Rächer der Toten von Sarajewo“, hatte der verantwortliche General Franz Böhme 1941 zu Beginn des Balkanfeldzuges der deutschen Wehrmacht verkündet; denn „eure Aufgabe ist es, Erkundigungen in einem Landstreifen durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes

geflossen sind“. Fast 1,7 Millionen Jugoslawen wurden Opfer des damaligen Rachefeldzuges. Davon allein 1.280.000 Zivilisten. Erneut also 1995 eine Zäsur in der Politik der BRD, die umstritten bleibt, aber mit meiner Hilfe aus Nürnberg zum Sturz von Kurt Waldheim beitrug. Denn der damalige Präsident Österreichs hatte immer wieder behauptet, im Krieg von dem allen als Nachrichtenoffizier der Südost-Generäle nichts davon mitbekommen zu haben. Aber er hatte, so unsere Nürnberger Recherchen, regelmäßig über die Verbrechen der deutsch-österreichischen Truppen berichtet (Vgl Jörg Wollenberg, Kurt Waldheim als Rächer der Toten von Sarajewo, 1992, S.177-186).

„Zum dritten Mal in dem unglücklichen 20. Jahrhundert erwies sich der Balkan als Deutschlands Schicksal“. (Theo Sommer in „Die ZEIT“ vom 30.6.1995). Fragen wir deshalb: War diese für die politische Kultur in Deutschland so wichtige Trendwende Folge des langwierigen Prozesses der nachholenden Selbstbefreiung, ermöglicht durch die „Pax Americana“ in Westdeutschland nach 1945; ein Programm, das gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiterbewegung und der Friedensbewegung in den 1950er Jahren zur Wiederaufrüstung und damit zur Verschärfung des Kalten Krieges geführt hatte.

Aber noch einmal zurück zur politischen Zäsur von 1995 und fragen wir weiter: Handelte es sich damals nicht eher um den Beginn einer neu-alten Großmachtpolitik im Gefolge der Epochen-Wende von 1989/90, dem als friedliche Revolution gefeierten Anschluss der DDR an die BRD? Freie Bahn im Westen, Nachholbedarf im Osten und Öffnung des Experimentierfeldes auf dem Balkan! Das sind die Einstiegsdrogen in dem Traum vom starken Staat und von der homogenen Nation. Auf jeden Fall berief sich die damalige rot-grüne Regierungskoalition bei der Entscheidung für den ersten deutschen Kriegseinsatz nach dem 8. Mai 1945 auf die „Lehre aus Auschwitz“. Das wiedervereinte Deutschland habe „gerade wegen Auschwitz“ die besondere Aufgabe, „ethnische Säuberungen im Kosovo“ zu verhindern, auch ohne Beschluss der Vereinten Nationen, gegen den Verfassungsauftrag und den „2+4 Vertrag“ von 1990, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. So wurde aus dem Schwur der Opfer und Gegner des NS-Systems von 1945 „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ der neue Slogan für das 21. Jahrhundert: „Nie wieder Krieg ohne uns Deutsche!“ Diese Anmaßung des „Nie wieder!“ ist zu einer politisch korrekten Formel der neuen Großmacht geworden. „Sollen wir etwa warten, bis die Gaskammern dran sind?“, fragte die TAZ am 11. April 1999. Und der einstige Pazifist und Liedermacher Wolf Biermann begründete zusammen mit dem damaligen Außenminister Joschka Fischer diese neue bellizistische Logik mit dem Argument: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, müsse

ein neues Hiroshima möglich sein. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Verwirrspiele lieferte damals hellsichtig der einstige Sturmvogel der Weltrevolution, Hans Magnus Enzensberger. In den „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ ist der Bürgerkrieg (der Dritten Welt) längst in die Metropolen eingewandert. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte - auch bei uns. Ahnungsvoll formulierte er schon 1996: „Geführt wird er nicht nur von den Terroristen und Geheimdiensten, Mafiosi und Skinheads, Drogengangs und Todesschwadronen, Neonazis und schwarzen Sheriffs, sondern auch von unauffälligen Bürgern, die sich über Nacht in Hooligans, Brandstifter, Amokläufer und Serienkiller verwandeln. Der Bürgerkrieg kommt nicht von außen, er ist kein eingeschleppter Virus, sondern ein endogener Prozess“ (1996, S.19). Ein Prozess, der dadurch erneut eine weitere Zuspitzung erfahren hat, dass z.B. die Opfer der Neonazis zunächst als ein von außen gesteuertem Sicherheitsrisiko kriminalisiert und stigmatisiert wurden und die Neonazi-Täter der NSU lange dank der schlampigen Arbeit der Geheimdienste und Verfassungsschutzorgane unentdeckt blieben.

Heute stellt sich diese Gefahr verschärft durch die Wahlerfolge der AFD als zweitstärkste Partei im Bundestag noch weit vor der SPD. Und das in Zeiten, wo die Angriffskriege der Russen in der Ukraine und der Regierung Israels in Palästina zu den größten Rüstungsausgaben und zum Abbau des Sozialstaates in der BRD beigetragen haben. Erneut erleben wir so die tiefe Verunsicherung der Deutschen im Umgang mit dem Tag der Befreiung vom Faschismus. Nach wie vor besteht nicht einmal eine begriffliche Klarheit über das Ende des Nationalsozialismus. „Zusammenbruch“ oder „Stunde null“? „Befreiung vom Faschismus“ oder „bedingungslose Kapitulation“? Kamen die alliierten Truppen als Sieger oder als Befreier? Fühlten sich die Deutschen tatsächlich 1945 von der Hitler-Diktatur befreit? Sahen sie in der militärischen Niederlage nicht eher den Beginn der Vertreibung und den Verlust von Territorien im Osten oder den Anfang der Unterdrückung in der SBZ/DDR? „Dreigeteilt niemals“ lautete eine offizielle Werbeparole, die Städte und Landschaften nach 1945 optisch beherrschte und die uns die wieder eingestellten Nazi-Lehrer in den 1950er Jahren in die Köpfe hämmerten. Darunter in meiner Lübecker Schule das einstige Mitglied der Hamburger NS- Gauleitung, Albert Henze, der als Oberschulrat dafür gesorgt hatte, dass die Anhänger des Swings in den Gymnasien als „Nigger-Tänzer“ in das Jugendkonzentrationslager Moringen bei Göttingen eingeliefert wurden. Mein Geschichtslehrer Stilau war damals ein Mitglied der der ersten und 1953 verbotene Neo-Nazipartei, der SRP; der die Tagebücher der Anne Frank für eine Fälschung hielt. Und der Direktor meiner Schule verweigerte als ehrenamtlicher Kultursenator die Zustimmung zur

Ehrenbürgerschaft der Hansestadt für Thomas Mann, dessen 150 Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. Heinrich Mann und Erich Mühsam waren noch tabuisiert und an den in Lübeck geborenen und verstorbenen KZ-Häftling und ersten gewählten Ministerpräsidenten nach 1945 in Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, erinnert bis heute keine Straße in Lübeck.

Heute erlebten wir nach 80 Jahren der Befreiung von der NS-Diktatur eine erneute Umkodierung des Vergangenheitsdiskurses nicht nur aus der rechten Ecke: Die Deutschen als Opfer des Krieges, der Flucht und der Vertreibung, der Bedrohung durch Asylbewerber und Flüchtlinge. Das hochgelobte dreiteilige TV-Drama „Unsere Mütter, unsere Väter“ gehörte schon vor 10 Jahre dazu. Moralische Empörung und persönliche Enttäuschung wird zum Widerstand erhöht. Mitgemacht wurde in der Regel nur, um Schlimmeres zu verhüten und Reste der Menschlichkeit gegenüber den Juden zu wahren Ansonsten hatte man der Pflicht, Befehlen zu folgen und das Vaterland zu verteidigen. Dass Mütter und Väter aus den Kreisen der Arbeiter- und Friedensbewegung, die den politischen Widerstand prägten, nicht vorkommen, ist in den Medien und in der Forschung nach wie vor selten ein Thema.

„Das Jahr Null hat es nie gegeben“, notierte Brewster S. Chamberlin schon in seinen Berliner Berichten von Juli bis Dezember 1945. Und der damalige US- Finanzminister Morgenthau argwöhnte schon 1944 in seinen mit Unterstützung prominenter deutscher Exilvertreter entwickelten Plänen zur Nachkriegsordnung Deutschlands: „They will do it again.“ Henry Morgenthau vertraute nicht auf eine Umerziehung der Deutschen. Es sei eher wahrscheinlich, dass die Besiegten erlittene Verwüstungen und künftigen Mangel den Besatzern und ihrer demokratischen Philosophie ankreiden würden. Deshalb schlug er vor, Deutschland zu reorganisieren und in einen nord- und einen süddeutschen Staat aufzuteilen. Das erweiterte Ruhrgebiet sollte dagegen internationalisiert werden. Dieser nie ausgeführte Plan mit der Demontage des Ruhrgebiets als Kern wird seitdem stets mit Abscheu zitiert („Deutschland ein Kartoffelacker). Vergessen wird dabei die eigentliche Absicht, die Morgenthau mit dem Plan verfolgte: „Hitler hätte eine Witzfigur bleiben müssen, wenn Krupp und Flick und Hugenberg nicht gewesen wären. Allein die Schwerindustrie erlaubte einen Mann, der für die Slapstickkomödie geboren schien, in Wagnersche Tragödien einzuziehen“. Goebbels geschickte Interpretation des Morgenthau-Planes als eine Umwandlung Deutschlands in einen Kartoffelacker bestimmt bis heute noch äußerst wirkungsvoll das Bewusstsein der Deutschen. Dabei hatte der „jüdische Racheengel“ aus den USA sich lediglich darum bemüht, die deutsche Industrie mittelfristig zu kappen und zu zähmen. Andernfalls würde sie alsbald wieder ganz Europa beherrschen und zum nächsten

Waffengang rüsten. Helm auf zum nächsten Gefecht, sollte es denn auch bald wieder heißen. Das „Programm to prevent Germany from starting a World War III“ verschwand dagegen schnell in den Schubladen der Westalliierten.

Schon bald glaubte man im Lande der Mitläufer auf die NS-Experten nicht verzichten zu können. Die in den zwölf Nürnberger Nachfolgeprozessen der US-Militärregierung wegen der Beteiligung an den NS-Staatsverbrechen verurteilten Eliten aus dem Bereich der Wehrmacht, der SS, der Verwaltung, der Diplomatie und der Industrie prägten wieder eine BRD, deren neu- alte Eliten auf Westorientierung und Wiederaufrüstung setzten. Den Weststaat mitzugründen, halfen ehemalige Repräsentanten der NS-Eliten. Sie bauten mit dem SS-General Walter Schellenberg beim Aufbau der neuen Geheimdienste. Sie unterwanderten die Parteien oder wurden als ehemalige Kommentatoren der Nürnberger Gesetze zu Staatssekretären ernannt und eroberten Ministerposten. Der frühe Kontakt des amerikanischen Geheimdienstes zu ehemaligen leitenden Angehörigen von SS, SD und Gestapo um Walter Schellenberg und Arnold Gehlen erleichterte diese Nachkriegskarrieren in dem gespaltenen Land mit einer doppelten Staatsgründung. Verlässliche Nazis wie der „Schlächter von Lyon“, Klaus Barbie, wurden vom CIC/CIA und später vom BND rekrutiert, um erneut Kommunisten und nicht mehr zu verwendende alte Kameraden aufzuspüren (vgl. Der Spiegel, Nr. 3, 17.11.2011, S.32/33).

So wurde der Weg vorgezeichnet, der 80 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus aus der einst verbindlichen Parole von 1945 „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg!“ den neuen Slogan politischer Strategie durchzusetzen bedroht: „Nie wieder Krieg – ohne uns“. Diese Entwicklung trug mit dazu bei, dass die Erinnerung an die drei großen D's bald nach 1945 verloren ging. Beraten von den nach 1945 in der Regel nicht oder spät zurückberufenen Repräsentanten des sozialistischen Exils um Franz Leopold Neumann, Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse kamen die anglo- amerikanischen Siegermächte nach Deutschland mit den vier großen D's.: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung. Mit den Sowjets einigten sie sich im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 darauf, die Grundlagen des deutschen Militarismus zu zerschlagen und die Rüstungsindustrie zu vernichten, um so einen weiteren Waffengang Deutschlands für alle Zukunft die wirtschaftlichen Grundlagen zu entziehen. Die hierzu vereinbarte Demontage sollte nicht nur der materiellen Wiedergutmachung dienen, sondern auch dem potenziellen Aggressor Deutschland die industrielle Basis zerschlagen.

Um diese Aufgaben überhaupt erfüllen zu können, brachten die Angloamerikaner drei Listen mit nach Deutschland, die von deutschen Emigranten vorbereitet worden waren. Darin hatten sie 1.440 Deutsche auf ‚schwarzen‘, ‚grauen‘ und ‚weißen‘ Listen erfasst. Von den auf der ‚weißen Liste‘ aufgeführten 441 Deutschen wurden lediglich 207 als politisch zuverlässig und für führende Positionen empfohlen.

Einer von ihnen, der große Repräsentant des Bundes der Entschiedenen Schulreformer der Weimarer SPD, Fritz Karsen, ging 1948 zurück ins Exil. Der Pazifist Karsen beteiligte sich wohl an den US-Planungen für das Erziehungs- und Bildungswesen und leitete bis Februar 1948 das Lehrerbildungszentrum bei der US-Militärregierung in Berlin. Er zog es aber nach dem erneuten Scheitern der Einheitsschulkonzeption vor, seine Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten der USA wieder aufzunehmen und das Angebot auf Übernahme der Schulverwaltung in Schleswig –Holstein abzulehnen. Nicht nur in Flensburg und Kiel berief man dafür bald darauf die Belasteten Fritz Blättner und Theodor Wilhelm auf die Pädagogik-Lehrstühle. Mit ihnen stand nicht nur in Kiel die Mehrheit der Hochschullehrer schon vor 1933 rechts. Kaum einer hinderte sie daran, mit dem SS-Obersturmbannführer und Leiter der Lehr- und Forschungsstätte Ausgrabungen des SS-Ahnenerbes, Herbert Jankuhn, die Tätigkeit nach 1945 in Kiel und Göttingen fortzusetzen und den Haithabu-Mythos weiter zu pflegen und vom „ältesten Germanen“ auf der Krim zu träumen. Jankuhn hatte ihn schon 1942 im Auftrag der SS und mit Hilfe der reichen „Pfeffersäcke“ aus den norddeutschen Hansestädten zur Freude von Hitler ausgegraben.

Exkurs zu Theodor Wilhelm: Er hatte 1934 das folgende Bild des „neuen Lehrers“ wissenschaftlich entworfen und dem Ausland als Vorbild präsentiert: „Wir haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dass durch diese und ähnliche einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet der Lehrerbildung der Typus des nur strebsamen, rein intellektuellen, menschlich unausgewogenen Studienrates aus der deutsche Schule so rasch wie möglich verschwinden möge: Der künftige Lehrer muss die Gemeinschaftsschule des Arbeitsdienstes der SA durchlaufen haben. In der NS-Schule hat kein Lehrer etwas zu suchen, der seinen pädagogischen Anspruch lediglich auf ein wissenschaftliches Examen gründet. Er muss durch das Feuer des Mannschaftslagers und des Arbeitsdienstes gegangen sein“ (Deutschland wie es wirklich war. Ein Wort an das Ausland, Berlin 1934, S. 54). Wilhelm wurde nach 1933 Herausgeber der „Internationalen Zeitschrift für Erziehung, die Hitler

verherrlichte, die Bücherverbrennung und Judenpolitik rechtfertigte. Dennoch sah sich Theodor Wilhelm in seiner Autobiographie von 1976 als Verfolgter des Nazi-Regimes. Seine nach 1945 vollzogene „echte Umkehr, Reue, bessere Einsicht und größere Reife“ qualifizierte ihn zum einflussreichen Theoretiker einer „gesinnungsethischen Erziehung zur mitbürgerlichen Gesittung“. Unter seinem Decknamen Oetinger gelang es ihm, bald wieder an der PH in Flensburg, dann an der Universität in Kiel in der Lehrerbildung tätig zu werden. Ab den siebziger Jahren machte er uns wieder mit seinem alten Namen Theodor Wilhelm „Mut zur Erziehung“ - als entschiedener Propagandist der CDU-Kampagne gegen die Bildungsreform. Still, aber wirkungsvoll trug er so dazu bei, mit den Strategien der „Konservativen Revolution“ aus Weimar die Bonner und Berliner Republik nach rechts zu rücken, mit seinem Sprachgebrauch in die „radikale Mitte“. In diesem scheinbar moderaten Kurswechsel nach rechts sah schon der Soziologe Theodor Geiger 1932 die eigentliche Gefahr: Erst der „Radikalismus der Mitte“ ermöglichte damals –wie heute- den Aufstieg der Nazis zur Macht. Nicht nur Schleswig-Holstein erlebte schon Anfang der 1950er Jahre erneut eine Bedrohung der Demokratie von rechts durch die SRP unter Ernst Otto Remer. Diesem prominenten NS-Oberst gelang es damals, über das bürgerliche Lager hinaus bis in die Reihen der SPD einzudringen. Der erste Leiter des Amtes für Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein, der aus dem US-Exil zurückgerufene Otto Wollenberg, musste feststellen, dass nicht nur in der CDU und der FDP zahlreiche prominente Nazis die Mitgliedschaft erworben hatten. Auch in der SPD waren SS-Mitglieder untergetaucht. Wollenberg kritisierte 1950 die Bereitschaft von SPD-Funktionären wie Paul Bromme aus Lübeck, sich auf Verhandlungen mit der SRP einzulassen (vgl. Holger Martens, Geschichte der SPD ,1998, Bd.2, S.449). Selbst das Generalsekretariat der VVN in der DDR sah sich in der Nr.1 seines Ermittlungsdienstes vom Januar 1951 gezwungen, vier Mitglieder als ehemalige Nazis auszuschließen.

Vergeblich hatte der große alte Mann der SPD aus Kiel, Gustav Radbruch, erneut nach 1945 in seiner „Kulturlehre des Sozialismus“ vor diesen Gefahren gewarnt, besonders vor den bürgerlichen Nebelwerfern von rechts. Dieser ehemalige Kieler Professor und Reichsjustizminister aus Weimar fügte mit dem ergänzenden Blick auf die linken Oppositionellen aus den Reihen der SPD vor 1933 um Willy Brandt und Otto Brenner hinzu: „Republik ist schon viel. Sozialismus bleibt das Ziel“. Die Jungsozialisten hatten schon mit Walter Fabian nach 1928 gegen den Weimarer Nachrüstungsbeschluss unter Kanzler Müller (SPD) protestiert (Kinderspeisung statt Panzerkreuzer). Diese Friedensfreunde waren 1931

aus der SPD ausgeschlossen worden, nachdem sie den Parteivorstand u.a. mit dem Slogan vom Internationalen Jugendtag in Wien seit 1929 immer wieder herausgefordert hatten: "Republik, das ist nicht viel. Sozialismus heißt das Ziel". Und wir erinnern uns: Auch beim zweiten Nachrüstungsbeschluss unter Kanzler Schmidt gehörten die nach 1945 lange zögernd zur SPD zurückgekehrten SAP-Genossen und Gewerkschafter besonders aus den Reihen der IG Metall erneut zu den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses. Denn - so Brandts, Fabians und Brenners Lebensbekenntnis -: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Heute, so scheint mir, haben selbst die Rest-Linken in der SPD, diese Tradition vergessen und verdrängt. Was waren das noch für Zeiten in Kiel, als bei den Ostermärschen Sozialdemokraten um Jochen Steffen offiziell dazu gehörten und ein ehemaliger Bürgermeister und SPD - Bundestagsabgeordneter in Kiel es wagte, den Stopp der Rüstungsproduktion zu fordern und die Lieferung von U-Booten aus Kiel nach Chile einzustellen. Hochachtung noch heute vor Norbert Gansel, der dadurch seine Wiederwahl als OB keineswegs gefährdete.

Diese Friedensfreunde trugen mit dazu bei, dass die Erinnerung daran, was einst die Mehrheit der Deutschen in allen vier Besatzungszonen nach der Befreiung vom Faschismus zusammenführte, nicht gänzlich aus dem Blick geriet: Das Bekenntnis, dass vom deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte, und dass nach dem Versagen von 1933 die Einheit der Arbeiterbewegung die Parole des Tages hieß, um den Wiederaufstieg der alten Eliten aus Wirtschaft und Politik zu verhindern. Überall entstanden nach 1945 deshalb antifaschistische Komitees. Sie kritisierten nicht nur das Versagen des bürgerlichen Lagers, sondern auch die Fehler und Anpassungsprozesse der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die zur Zerschlagung von SPD und KPD durch den Faschismus führten und in der Vernichtung der europäischen Juden kulminierten. Viele von ihnen plädierten deshalb für eine sozialistische Einheitsorganisation, keineswegs immer initiiert von Kommunisten. Das Volksfront-Komitee unter Leitung des Sozialisten Hermann Brill hatte zum Beispiel am 13. April 1945 in Buchenwald ein „Manifest der Demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald“ verabschiedet - als „Bündnis aller antifaschistischen Kräfte Deutschlands“ für ein „freies, friedliches, sozialistisches Deutschland“ und die „Internationale der Sozialisten der ganzen Welt“, unterschrieben von zahlreichen deutschen und ausländischen Sozialisten und Kommunisten wie auch von christlichen Demokraten und Mitgliedern der CDU nach 1945. (Werner Hilpert und Eugen

Kogon). Das Manifest folgte der illegalen „Buchenwalder- Plattform“ vom 1. Mai 1944 mit dem bekannten politischen Schwur, im KZ angenommen von den kommunistischen und sozialistischen Repräsentanten der Parteien aus Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Jugoslawien, Polen und der UdSSR.

Die mit Hilfe der vier Besatzungsmächte nach dem Sieg über den Faschismus freigesetzte Dominanz der Linken wurde jedoch in Westdeutschland innerhalb von zwei bis drei Jahren zerschlagen und in der SBZ/DDR bald durch den moskautreuen Kurs pervertiert. Ein „Diskontinuitätsphänomen der Zeitgeschichte“ (Lutz Niethammer) mit Folgen nicht nur für die europäische Arbeiterbewegung. Das Ende der linken Dominanz war das Ergebnis der Entscheidung für den Marshall- Plan, der mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung die Integration der europäischen Länder in einen sich feindlich gegenüberstehenden Ost- und Westblock sanktionierte. Diese Entscheidung führte zum Zerfall der und zur Aufkündigung des antifaschistisch- demokratischen Konsenses durch die „Gründungsväter“ des DGB und der Arbeiterparteien. Der theoretische und praktische Antikommunismus wurde fortan mit dem Beginn des Kalten Krieges zu einem der stärksten Bindeglieder in der BRD, zur „größten Torheit des 20. Jahrhunderts“, wie der vor 150 Jahren in Lübeck geborene Thomas Mann nach 1945 konstatierte.

.Noch vor der Konstitution von zwei Staaten auf deutschem Boden erhielten vornehmlich in den Westzonen die Anhänger Zulauf, welche die Verwicklung der Eliten in das NS-Terrorssystem verleugneten und die eigene Vergangenheit entsorgten. Ein scheinbar unaufhaltsamer Weg führte so – trotz der verspäteten Entdeckungsreisen in die braune Vergangenheit im Gefolge von „1968“ - von der ersten Schuld der Deutschen unter Hitler über die die politische Kultur der Bundesrepublik mitprägende zweite Schuld der Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945 zur dritten Schuld: der allzu langen Verweigerung von Teilen der Linken, die stalinistischer Verbrechen offen aufzudecken. Die „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (Walter Janka, 1989) nutzten nicht wenige Deutsche hüben wie drüben ... mit Eifer (dazu), die Gnade der späten Geburt in der Gnade des deutschen Neuanfangs aufgehen zu lassen und die viel beschworene deutsche Verantwortungsgemeinschaft in eine deutsch-deutsche Reinwaschungs-GmbH umzuwandeln. Begleitet wurde dieser Weg von zahlreichen Erinnerungsschlachten, vor

allem im Umgang mit den belasteten Jahrestagen im Land des amtierenden Weltmeisters der „Vergangenheitsbewältigung“. Wie wirkungsvoll führende Vertreter von Politik und Geistesleben auch nach 1989 das Ende der Nachkriegsordnung zur Entsorgung der deutschen Vergangenheit nutzten, ist u. a. daran abzulesen, dass in der Präambel des „Einigungsvertrages“ jeder konkrete Hinweis auf die gesamtdeutsche Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus fehlt.

Die Klage des damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, über die für die politische Kultur bezeichnende Unterlassung einer Erwähnung des deutschen Schuldverhältnisses verhallte im August 1990 fast ungehört und forderte zu keinen nennenswerten Protesten heraus. Im Gegenteil, die Debatte über den Umgang mit der stalinistischen Vergangenheit in der ehemaligen DDR relativierte oder verdrängte die nationalsozialistischen Verbrechen. Und Teile der Linken sahen in der „Entstasifizierung“ die Möglichkeit, das zu verhindern, was nach 1945 in der alten BRD über die gescheiterte Entnazifizierung zur Weißwäscherei führte und aus Westdeutschland eine „Mitläufer-Fabrik“ (Lutz Niethammer) machte.

Mit der Entscheidung für den Westen waren die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen zurückgedrängt worden und mit der sog. friedlichen Revolution von 1989/90 traten sie fast gänzlich in den Hintergrund. Dennoch bleibt abschließend zu fragen, ob die durch die Finanzkrise der Weltwirtschaft ausgelöste kapitalistische Krisendynamik nicht darauf drängt, die Erfahrungen aufzuarbeiten, die im Gefolge der letzten großen Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus zum Sieg des deutschen Faschismus führten. Denn ohne ihr zweites Vorläufersystem mit dem ersten einfach gleichsetzen zu wollen, so ist vor dem Hintergrund der Verdrängungsbemühungen festzuhalten: die neue Bundesrepublik Deutschland wird eine „neue Ermittlung“ (Peter Weiss) brauchen. Denn die Vorgänge vor und nach dem Zweiten Weltkrieg haben faktisch die deutsche Gesellschaft radikal verändert und Brüche erzeugt, die bis heute nachwirken. Gerade die nur partiell realisierten Hoffnungen von 1945 zwingen dazu, bei der Aufarbeitung der „Geburtsstunde der zweiten Republik“ auch jene Kontinuitäten aufzugreifen, die heute Erinnerungen an Versäumnisse wachrufen:

- Was wurde aus dem Schwur von Buchenwald, was wurde aus der von allen Parteien der ersten Stunde (außer der FDP) getragenen Ablehnung des Kapitalismus?
- Welche Bedeutung gewann das politisch-pädagogische Prinzip der Umerziehung für die politische Kultur der Deutschen?

- Was wurde aus dem Bekenntnis, dass kein Deutscher je wieder zur Waffe greifen sollte.
- Was ist von den Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften von 1945 geblieben? Bieten sie angesichts der erneuten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht Anknüpfungspunkte, die heute noch aktuell und durch das Grundgesetz abgesichert sind, z. B.: Schluss mit der unkontrollierten Herrschaft der Banken und Konzerne und ihre Überführung in Gemeineigentum. Begrenzung der Herrschaft der Reichen und Vermögenden mit ihren Möglichkeiten, sich Regierungen kaufen zu können.
- Was wurde aus der Forderung nach Entmilitarisierung Deutschlands und Europas und der Beendigung jeglicher Rüstungsproduktion.
- Was wurde aus der Forderung nach öffentlichen Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, einheitlicher Sozialversicherung usw. usw.

Der 1938 als zwölfjähriger deutscher Jude aus Breslau in die USA emigrierte Historiker Fritz Stern hat in seiner "Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert" die Gefahren beschrieben, die mit dem Verlust der Erinnerung an jene wenigen Juden verbunden sind, die wie sein Lehrer Franz Leopold Neumann überlebten und sich als Emigranten am Aufbau eines neuen Deutschland beteiligten: Nämlich dass es unter den Deutschen vielleicht „eine unbewusste Kontinuität des Einverständnisses mit dem Nationalsozialismus gibt, ... die den Mantel des Schweigens nicht nur über die Märtyrer, sondern auch über die Kollaborateure und Träger des NS-Regimes breitet und so dieses Schweigen verewigt." (1988, S.213) Und der ebenfalls von den Nazis verfolgte, die KZ-Haft in Auschwitz überlebende, ständig vom Selbstmord bedrohte Schriftsteller Jean Améry hatte schon 1966 (in "Jenseits von Schuld und Sühne - Bewältigungsversuche eines Überwältigten") prognostiziert, welche Folgen die Formen der "Entsorgung" auf dem Weg "vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt" (W.F. Haug) zeitigen: „Was 1933 bis 1945 in Deutschland geschah, so wird man lehren und sagen, hätte sich unter ähnlichen Voraussetzungen überall ereignen können ... Die vollzogene Ermordung von Millionen wird als bedauerlich, doch keineswegs einzigartig (dastehen). ... Alles wird untergehen in einem summarischen Jahrhundert der Barbarei."

So war der Weg vorgezeichnet, der es allzu vielen Tätern und Mitläufern erlaubte, konfliktlos von der Volksgemeinschaft in eine Opfergemeinschaft zu wechseln und sich in der bundesrepublikanischen „Wiederaufbaugemeinschaft“ spurlos zu verflüchtigen. Und ist es

nur Zufall, dass die zeitlich parallel zu dem Grundgesetz von dem deutsch-französischen Buchenwaldhäftling Stéphane Hessel mit verfasste und von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 verkündete „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ als Botschaft und Verpflichtung nur unzulänglich das öffentliche Bewusstsein in Deutschland bis heute prägt? Die dreißig Artikel als „Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ scheinen in Deutschland ebenso wenig verankert wie die Aufgabe, die zunehmende Einschränkung der Grundgesetzartikel zu verhindern und den Sozialstaat auszubauen, nicht abzubauen. Das erklärt zugleich den widerspruchsvollen Weg „vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt“ (W.F. Haug). So wird verständlich, dass die „Gnade der Stunde Null“, die belasteten Wissenschaftler und Politiker emphatisch unter das Signum eines Neubeginns stellten, in Wahrheit die Kontinuität konservativ - reaktionär geprägter kultureller Hegemonie bewahrte.

Schlussbemerkung:

Lassen Sie mich abschließend noch einmal an zwei entschiedene Gegner dieser Entwicklung erinnern, die mich prägten: An **Walter Fabian**, meinen väterlichen Freund und geistigen Mentor. Fabian stieß schon 1918 als Schüler zu den entschiedenen Bildungsreformern und zur Friedensbewegung. Er prägte als Repräsentant des Exils und als Brückenbauer der Linken nach 1945 die westdeutsche Friedensbewegung und durch ihn kam ich zu dem Kampf dem Atomtod-Bewegung. Und ich erinnere an **Stéphane Hessel** aus Paris. Im letzten Gespräch mit ihm zeigte sich der 1917 in Berlin geborene französische Widerstandskämpfer darüber verwundert, dass die ihm nahestehenden deutschen Gewerkschaften und Sozialdemokraten sich nicht in der Lage sahen und sehen, die konservativ-reaktionären Anhänger und Kriegstreiber aufzuhalten. Und er fragte mich: Warum verurteilen die deutschen Sozialdemokraten nicht überall entschieden die Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie auch geschehen, besonders dann, wenn sie von den politischen Freunden wie den Amerikanern, den Franzosen oder den Israelis begangen wurden und werden? Und er ging dabei als assimilierter Jude zugleich selbstkritisch mit seinen Landsleuten um, die in Frankreich einst mit Hitler und der Vichy-Regierung kooperiert hatten. Denn wir Anhänger der Résistance „blieben in der Minderheit. Wenige waren es im ersten Jahr, dann aber wurden wir mehr. Und deshalb war die Verhaftungswelle von Mitte 1944 so verhängnisvoll. Viele von uns sind durch Verrat an die Gestapo ausgeliefert worden. Und das zu einem Zeitpunkt, als die Nazis die größten Schwierigkeiten mit uns bekamen“. Und der in Berlin geborene und aufgewachsene Hessel fügte als Franzose hinzu, was kaum ein Deutscher zu

sagen wagt: „Und dennoch müssen wir heute konstatieren: Die durchlässige deutsche Besatzungspolitik gestattete noch am Ende des Krieges in Frankreich eine offene Kulturpolitik. Man durfte in Paris Stücke von Jean Paul Sartre aufführen oder Juliette Gréco hören. Wenn ich einen kühnen Vergleich als Betroffener wagen darf, so behaupte ich: Die deutsche Besatzung war, wenn man sie vergleicht, z.B. mit der heutigen Besetzung von Palästina durch die Israelis, eine harmlose, von Ausnahmen abgesehen wie den Verhaftungen, Internierungen und Erschießungen, auch vom Raub der Kunstschatze. Das war alles schrecklich. Aber es handelte sich um eine Besatzungspolitik in Westeuropa, ganz im Gegensatz zu den faschistischen Massenmorden in Osteuropa, die positiv wirken wollte und deshalb uns Widerstandskämpfern die Arbeit so schwer machte“.

Engagieren wir uns auch in Zukunft in der Gedenkstättenarbeit mit Stéphane Hessel, dem Buchenwald- und Dora-Häftling, dem „Empört-Euch“-Autor und Mitverfasser der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948 in NYC, immer wieder gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen Rüstungsexporte und Kriegsvorbereitungen, wo immer sie sich ereignen. Das gilt auch für unsere politischen Freunde, denen wir historisch verpflichtet sind und bleiben. Denn Bürger- und Menschenrechte sind nicht teilbar. Auch dann nicht, wenn man glaubt, mit Waffenlieferungen und Militäreinsätzen in der Ukraine oder in Palästina den Frieden herzustellen. Erst recht nicht, wenn man davon überzeugt ist, (wie 1995 in Jugoslawien) mit Waffeneinsatz ein neues Auschwitz oder Hiroshima ohne Zustimmung der UNO verhindern zu müssen. In welche Widersprüche der mitverantwortliche Außenminister der BRD, Joschka Fischer, sich damals verstrickte, ist dem SPIEGEL vom 25. März 2013 zu entnehmen. Auf Nachfragen behauptet Fischer dort, er habe sich damals von den beiden Lehren von 1945 „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Auschwitz“ für letztere entschieden. Aber war und ist „Auschwitz“ überhaupt möglich ohne den von Deutschland ausgelösten Krieg? Denn „Nie wieder Krieg“ ist nach wie vor die Voraussetzung dafür, das „Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Theodor W. Adorno).

